

Inserionsgebühren: 10 Kop. (für's Ausland 30 Pf.) für die 8 mal gepaltene Zeitungs-; an der Spitze des Blattes 30 Kop. (für's Ausland 75 Pf.).

Preis der Einzelnummer 5 Kop. Preis der Einzelnummer mit der Illustrierten Beilage 20 Kop. (Nur in der Expedition erhältlich.)

Rigaische Rundschau

Mit Feuilleton-Beilage „Rigisches Montagsblatt“.

Monatlich: Illustrierte Beilage

Die „Rigaische Rundschau“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage.

Telephon: Redaction: Nr. 1958. Expedition: Nr. 157.

Donnerstag, den 17. (30.) August 1906.

„Zeitung für Stadt und Land“.

40. Jahrgang. — Nr. 187

„Rigaische Zeitung“ 1778—1889.

Vom 2. Januar 1907 ab erscheint wieder im Verlage der Müller'schen Buchdruckerei die „Rigaische Zeitung“.

Zur Landtagsreform

Bringt die Rigaer Axt in ihrer gestrigen Nummer aus der Feder des Pastors S. Sanders, eines Teilnehmers der Baltischen Abende in Petersburg, einen Artikel, dem wir die nachstehenden Ausführungen entnehmen:

Von allen Reformen, deren unsere Heimat bedarf, ist die Selbstverwaltungs- oder die Landtagsreform die allerwichtigste, denn wenn wir eine vollständige Selbstverwaltung erlangen, dann werden alle anderen Reformen von selbst kommen; wir werden sie selbst einführen können. Wie gering das Verständnis für die Wichtigkeit des Landtages bei unserem Volke ist, ist daraus zu ersehen, daß bis jetzt bei uns nur die Rede von der Einführung der „Semstwo“ gewesen ist. Zwischen der „Semstwo“ und dem „Landtage“ besteht aber ein großer Unterschied. Die Semstwo ist nur eine wirtschaftliche Institution, während der Landtag viel größere Rechte hat, welche alle weltlichen und geistlichen Interessen des Landes umfassen. In politischer Hinsicht können der Landtag und seine Beschlüsse der Reichsduma oder am besten direkt dem Kaiser unterstellt werden. Unsere kurzfristigen Patrioten haben sich hiers für die Beseitigung des Landtages begeistert.

Die baltischen Deutschen kommen in letzter Zeit mit einer Propositio, die von der Provinzialen Ritterschaft ausgearbeitet und jetzt den Provinzialräten vorgelegt werden wird. Der deutsche Adel will bekanntlich, daß man den Landtag ihm allein überläßt und daß neben dem Landtag der Provinzialtag eingeführt wird, eine Art „Unterlandtag“, an dem die Vertreter aller Stände teilnehmen könnten. Der Provinzialtag hätte ungefähr dieselben Rechte, wie die russische Semstwo, denn seiner Kompetenz würden nur die Repartition und Verteilung der Landespräzedenz, die Aufsicht über den Wegbau, die Krankenpflege und dergleichen Arbeiten unterliegen, während die ganze höhere Politik dem Landtage verbleiben würde.

Auch auf den Baltischen Abenden in St. Petersburg traten die deutschen Vertreter für dieses doppelte Landtagssystem ein, indem sie darauf hinwiesen, daß in der ersten Zeit die Schul- und Kirchenangelegenheiten dem alten Landtag unterstellt werden müssen, denn man könne noch nicht wissen, in welchem Geiste die neue Selbstverwaltungsinstitution wirken wird. Späterhin werde der alte Landtag nur eine Vertretung der Interessen des Großgrundbesitzes und der speziell deutschen Interessen sein. Die Benennung „Landtag“ fällt nicht sehr schwer ins Gewicht, dieser Name werde beibehalten, weil man seit alten Zeiten sich an diese Benennung gewöhnt hat und weil sie geläufig ist.

Der Schreiber dieser Zeilen und die anderen Lesern protestierten gegen einen solchen Dualismus und behaupteten, daß die Letzten niemals ein solches Projekt billigen werden. Zum Schutz der Interessen des Großgrundbesitzes und der Deutschen können Vereine gegründet werden, welche ihre Projekte dem aus allen Ständen bestehenden Landtage vorstellen könnten. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Korporation der Großgrundbesitzer niemals die Bezeichnung „Landtag“

führen könne. — Wenn die Deutschen dieser Bezeichnung kein großes Gewicht beilegen, weshalb wollten sie diese denn in der Zukunft missbrauchen? In Anbetracht des eben Gesagten müssen wir (Leser) auf einen einzigen Landtag bestehen und die zweifache Landesvertretung zurückweisen. Es ist leichter, das Bestehende zu reformieren und zu erweitern, als das Bestehende zu fügen und etwas Unbekanntes an die Stelle zu setzen. Die bestehende Landtagsinstitution muß reorganisiert und in Hinsicht der Rechte erweitert werden. Bis jetzt haben im Landtage nur die Großgrundbesitzer und wurden als die Repräsentation des ganzen Landes angesehen; jetzt sind auch die anderen Stände vollberechtigt, an der Vertretung des Landes teilzunehmen und im Landtag zu sitzen.

Dieses alles muß in den Provinzialräten und der besonderen Konferenz beim Generalgouverneur einmütig beraten werden, um eine geeignete Landtagsreform zu erreichen. Nach eingehender Beratung stimmten die Teilnehmer der baltischen Abende in St. Petersburg der Landtagsreform zu. Es ist zu wünschen, daß auch in der besonderen Konferenz beim Generalgouverneur eine volle Einigung erzielt wird.

Zu den obigen Ausführungen des Pastors Sanders bemerkt die Rigaer Axt, daß von einem Projekt „weiter“ Landtage ernstlich wohl keine Rede sein könne, der Streit werde sich nur um die Frage drehen, wieviel Stimmen die Großgrundbesitzer und wieviel die anderen bekommen sollen.

Die Bemerkung der Rigaer Axt erscheint uns zurecht. Auch wir halten die Sorgen von Pastor Sanders über das Entstehen zweier Landesvertretungen nicht für ernsthaft ins Gewicht fallend. Die Befürchtungen von Pastor Sanders haben, unserer Meinung nach, ihren Ursprung nicht im Wahn der Sache, sondern allein in der von Pastor Sanders selbst gefundenen, sehr irreführenden Bezeichnung der Provinziallandtschaft als „Unterlandtag“, eine Bezeichnung, die durch nichts anderes als den persönlichen Geschmack des Herrn Pastor Sanders gerechtfertigt wird. Das Ganze ist ein Spiel mit Worten. Weil es „Provinziallandtschaft“ heißt, wird dem Selbstverwaltungsorgan der Provinz eine der russischen Semstwo ähnliche Rolle zugeschoben, weil sie Landtag heißt, wird der Korporation des Großgrundbesitzes „die ganze höhere Politik“ zugeschrieben. Wie die Bezeichnung die „ganze höhere Politik“ sehr unklar ist, so verschwommen und unklar ist auch der Glaube, daß der Korporation des Großgrundbesitzes die höhere Politik verbleiben sollte, nachdem sie die reale Grundlage jeder politischen Tätigkeit, des Steuer- und Verwaltungswesens der Provinz, aus der Hand gegeben hat. Von welcher höheren Politik ist hier überhaupt die Rede? Eine Provinz hat ja gar keine höhere Politik zu treiben, — eine Politik noch dazu, die von der Verfügung über die öffentlichen Mittel der Provinz unabhängig zu sein scheint — das ist sehr unklar. Uns scheint es, daß die Aufgaben der Selbstverwaltung sich auf die Verteilung und Normierung der öffentlichen Lasten und ihre Verwendung beschränken. Die Verfügung über die öffentlichen Mittel aber geht ja voll in die

Hande der Provinziallandtschaft über, und hiermit die Macht. Nun gibt es natürlich in jeder Provinz, außer den Mitteln der Provinz, auch andere Mittel, die spezielleren Körperlichkeiten angehören. Die Mittel, die der Großgrundbesitz aus seiner Mitte aufbringt, hat nicht sich die Korporation des Großgrundbesitzes zu verwalten; aber das sind die Landesmittel nicht, es sind das nur diejenigen Mittel, welche er über die Norm seiner Steuern zu den Landesmitteln in privater Selbstverwaltung als Korporation aufbringt. Wie also die Mittel des Landtages den Charakter der Provinzialmittel verlieren, so auch der Landtag den Charakter der Landesverwaltung. Er wird im Gefolge des Ganzen ein Glied und ist von den Beschlüssen der Provinziallandtschaft, die das Ganze betreffen, abhängig. Er also wäre, wollten wir bei den Ausdrücken Pastor Sanders bleiben, eine Art „Unterlandtag“ für die internen Angelegenheiten des Großgrundbesitzes darstellen. Aber es ist ratsam, bei diesen irreführenden Ausdrücken nicht zu bleiben. Pastor Sanders hält es für besser, etwas Bestehendes umzugestalten, als das Bestehende zu zerstören und etwas Neues an seine Stelle zu setzen. Nach diesem Rezept hat das Verfassungsprojekt der Ritterschaft verfahren; es wurde nicht das im alten Landtag vorhandene Korps des Großgrundbesitzes zerstört und etwa ein Verein der deutschen Großgrundbesitzer gegründet, sondern durch die Übertragung der wesentlichen und allgemein landwirtschaftlichen Funktionen an die Provinziallandtschaft wurde der Landtag zur Korporation des Großgrundbesitzes umgestaltet. Genau nach dem Rezept von Pastor Sanders. Pastor Sanders beruft sich darauf, daß die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten der Provinziallandtschaft nicht übertragen werden soll. Der Grund dieser Ausnahme liegt in den Motiven zum Verfassungsentwurf angegeben. Hier heißt es:

„Zur Kompetenz des Provinzialtages soll die Führung für die Wohlfahrt der ganzen Provinz gehören. Ausgenommen sind eben so wie beim Bezirksrat die kirchlichen Angelegenheiten, da der Provinzialtag interprofessionell ist. Die kirchlichen Angelegenheiten sind daher von den gewöhnlich mit ihrer Verwaltung betrauten Institutionen weiter zu verwalten.“

Um Einwänden zu begegnen, weisen wir darauf hin, daß die mit der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten betrauten Institutionen ja nicht ausschließlich aus den Gliedern des Großgrundbesitzes zusammengesetzt sind, sondern die Beteiligung der baltischen Bevölkerung in ihnen eine wesentliche Rolle spielt; die Bedeutung dieser Elemente wird durch die in Aussicht genommenen Reformen noch wesentlich gesteigert. Ferner trägt der Landtag, als ein ganzes, da er Patron der luth.-evangelischen Kirche ist, in der Tat einen konfessionellen Charakter.

Es wäre möglich, daß Pastor Sanders unter dem Begriff der höheren Politik, das Recht verstanden hat, Vorschläge an die Staatsregierung zu richten, um die im Interesse der Provinz erforderlichen Maßnahmen auf dem Gesetzgebungs- oder Verwaltungswege herbeizuführen. Dieses Recht hat die Provinziallandtschaft.

Was nun die Namen anbelangt, — ob nun der Name Provinzialtag biblisch ist oder nicht, und ob die Korporation des Großgrundbesitzes nicht einen häßlicheren Namen hat, wenn sie fortfährt, sich Landtag zu nennen, — die Etymologien sind so fraglich, — so wollen wir darüber nicht streiten. Denn es steht natürlich Jedem frei, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Selbstverwaltungsentwurfes die Landtage des Großgrundbesitzes „Versammlungen“ des Großgrundbesitzes zu nennen, die Provinzialtage aber „Landtage“, — wenn ihm das richtiger erscheint oder gefälliger klingt.

Hande der Provinziallandtschaft über, und hiermit die Macht. Nun gibt es natürlich in jeder Provinz, außer den Mitteln der Provinz, auch andere Mittel, die spezielleren Körperlichkeiten angehören. Die Mittel, die der Großgrundbesitz aus seiner Mitte aufbringt, hat nicht sich die Korporation des Großgrundbesitzes zu verwalten; aber das sind die Landesmittel nicht, es sind das nur diejenigen Mittel, welche er über die Norm seiner Steuern zu den Landesmitteln in privater Selbstverwaltung als Korporation aufbringt. Wie also die Mittel des Landtages den Charakter der Provinzialmittel verlieren, so auch der Landtag den Charakter der Landesverwaltung. Er wird im Gefolge des Ganzen ein Glied und ist von den Beschlüssen der Provinziallandtschaft, die das Ganze betreffen, abhängig. Er also wäre, wollten wir bei den Ausdrücken Pastor Sanders bleiben, eine Art „Unterlandtag“ für die internen Angelegenheiten des Großgrundbesitzes darstellen. Aber es ist ratsam, bei diesen irreführenden Ausdrücken nicht zu bleiben. Pastor Sanders hält es für besser, etwas Bestehendes umzugestalten, als das Bestehende zu zerstören und etwas Neues an seine Stelle zu setzen. Nach diesem Rezept hat das Verfassungsprojekt der Ritterschaft verfahren; es wurde nicht das im alten Landtag vorhandene Korps des Großgrundbesitzes zerstört und etwa ein Verein der deutschen Großgrundbesitzer gegründet, sondern durch die Übertragung der wesentlichen und allgemein landwirtschaftlichen Funktionen an die Provinziallandtschaft wurde der Landtag zur Korporation des Großgrundbesitzes umgestaltet. Genau nach dem Rezept von Pastor Sanders. Pastor Sanders beruft sich darauf, daß die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten der Provinziallandtschaft nicht übertragen werden soll. Der Grund dieser Ausnahme liegt in den Motiven zum Verfassungsentwurf angegeben. Hier heißt es:

„Zur Kompetenz des Provinzialtages soll die Führung für die Wohlfahrt der ganzen Provinz gehören. Ausgenommen sind eben so wie beim Bezirksrat die kirchlichen Angelegenheiten, da der Provinzialtag interprofessionell ist. Die kirchlichen Angelegenheiten sind daher von den gewöhnlich mit ihrer Verwaltung betrauten Institutionen weiter zu verwalten.“

Um Einwänden zu begegnen, weisen wir darauf hin, daß die mit der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten betrauten Institutionen ja nicht ausschließlich aus den Gliedern des Großgrundbesitzes zusammengesetzt sind, sondern die Beteiligung der baltischen Bevölkerung in ihnen eine wesentliche Rolle spielt; die Bedeutung dieser Elemente wird durch die in Aussicht genommenen Reformen noch wesentlich gesteigert. Ferner trägt der Landtag, als ein ganzes, da er Patron der luth.-evangelischen Kirche ist, in der Tat einen konfessionellen Charakter.

Es wäre möglich, daß Pastor Sanders unter dem Begriff der höheren Politik, das Recht verstanden hat, Vorschläge an die Staatsregierung zu richten, um die im Interesse der Provinz erforderlichen Maßnahmen auf dem Gesetzgebungs- oder Verwaltungswege herbeizuführen. Dieses Recht hat die Provinziallandtschaft.

Was nun die Namen anbelangt, — ob nun der Name Provinzialtag biblisch ist oder nicht, und ob die Korporation des Großgrundbesitzes nicht einen häßlicheren Namen hat, wenn sie fortfährt, sich Landtag zu nennen, — die Etymologien sind so fraglich, — so wollen wir darüber nicht streiten. Denn es steht natürlich Jedem frei, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Selbstverwaltungsentwurfes die Landtage des Großgrundbesitzes „Versammlungen“ des Großgrundbesitzes zu nennen, die Provinzialtage aber „Landtage“, — wenn ihm das richtiger erscheint oder gefälliger klingt.

Frauen, für die Seide gewebt, Samt geschoren und Diamanten geschliffen werden, eine Abnung von der Herstellung ihres Luxus und der damit verknüpften Mühsal haben, dann ist die Binde gelodert, die ihre Augen bisher der Arbeiterfrage verschlossen hatte. Auch die neuen Entdeckungen und Erfindungen haben in dem Programm: drahtlose Telegraphie, das Radium und als Schlüssel das bescheidene Eingeständnis unserer irdischen Begrenzung, die Hinweisung auf die Grenzen der Wissenschaft.

Die Zeitgeschichte spielt in alle Kurse der Marguerites hinein. Ein Mitglied des Senes Parlements, ein früherer Ingenieur, der die Drahtseilbahn auf den Salève gebaut hat, behandelt in „Sozialen Unterhaltungen“ politische und ökonomische Fragen: die Verweigerung des Militärinduzes, den Alkoholismus und die Arbeiterwohnungsfrage. Auch in die Rationalökonomie werden die Mädchen eingeführt, sie hören von dem Freibandel und dem Rauschertum, von dem Genossenschaftswesen und dem Sozialismus. Da die Frau als Hauptkäuferin eine wirtschaftliche Macht ist, erscheint es freilich angebracht, ihr zu zeigen, welche Eindrücke sich um ihre Rundschicht streiten werden.

Die praktische Rationalökonomie im Hause schließt sich an. Eine Frau lehrte die jungen Mädchen, wie man einen Haushalt begründet und erhält, eine andere die praktische Buchführung, die Anlage des Wirtschaftsbüchchens und die Preisvergleichung. Doch auch hier bleiben Lehrerin und Schülerin nicht in konventioneller Enge stecken. Der Kursus gibt auch eine Lehre vom Eigentum, behandelt die Vermögensanlage, die Versicherungen, die Konsum- und Produktionsgenossenschaften. Alle diese Kurse greifen ineinander, gleich den Speichen eines Rades gehen sie von dem Mittelpunkt einer sozialen Weltanschauung zu der Peripherie einer geschlossenen sozialen Erziehung.

Die psychologischen Vorzüge eines Couanier Universitätsprofessors ergänzen dann die Unterhaltungen über die Erziehung, welche die Leiterin selbst an ihre Pensionärinnen richtet. Geschichte, Naturgeschichte und

Inland.

Riga, den 17. August.

Von der Estländischen Presbiteriensynode.

Die Fortsetzung der Verhandlung vom 11. August hat zunächst noch in der Sache der Gewissensfreiheit ein Wort von Pastor Jahn-St. Clai, welches er, da er selbst durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, von einem Amtsbruder vortragen ließ. Der erste Teil desselben bezog sich, wie die Rev. Sig. berichtet, auf die derzeitige Sachlage, der zweite auf die daraus erwachsende Aufgabe. Dort wies Pastor Jahn auf die in dessen an uns vorübergezogenen politischen Ereignisse, auf die Streitigkeiten der Provinz, ihre Verhandlungen, das Allerhöchste Manifest vom 17. Oktober und endlich die Entlassung der Duma hin und führte aus, wie ungerade diese die Sache der Gewissensfreiheit, abgesehen von rein akademischen Erörterungen, auf dem ursprünglichen Standpunkt stehen gelassen war, ohne ihrer Lösung näher zu rücken. — Hier warf er die Frage auf, was nun angesichts dieses Tatbestandes unsere Aufgabe sei. Er sah sie in einem unentwegten Beharren auf dem einmal besprochenen Wege, dessen Ziel in voller Befreiung des geistlichen Lebens von allen einen religiösen Zwang involvierenden Stücken liege und trat demnach aus voller Ueberzeugung für Aufrechterhaltung der vorjährigen Anträge ein, die er noch durch folgende Punkte: Aufhebung des Reverses für Wittichen und Befreiung der Kinder solcher Ehen von den Folgen des Reverses zu ergänzen wünschte.

Daran schloß sich eine lebhafteste Diskussion, deren Resultat wir kurz dahin referieren, daß sich die Synode, bei voller Anerkennung der großen Schwierigkeiten für die praktische Durchführung, doch mit überwältigender Majorität für Aufrechterhaltung der vorjährigen Anträge entschied, wobei sie jedoch eine präzisere Fassung für notwendig erachtete und einzelne Ergänzungen hinzuzufügen beschloß.

Der neuen Formulierung der Anträge wurde die ganze Nachmittags Sitzung gewidmet, wie auch ein großer Teil der Vormittags Sitzung des 12. August, ohne daß die Sache bereits zu einem definitiven Abschluß gelangt wäre, denn obwohl im Prinzip eingetragene die Anschauungen bezüglich der Realisierung desselben sehr auseinander. Zunächst wurde mit der Formulierung eine dazu gewählte Kommission betraut.

Die Vormittags Sitzung wurde des weiteren einer Verhandlung betreffend die ursprünglich herrschenden Mängel einer einheitlichen äußeren Organisation, der sich seit dem Aufbruch der Revolution in manchen Gegenden drückend fühlbar gemacht hatte. Die Synode beschloß, nachdem verschiedene Vorschläge gemacht und beraten worden waren, zwecks Klärung der Angelegenheit und Erörterung der Anschauungen der dabei interessierten Kreise im Dezember c. in Reval mit Genehmigung der Obrigkeit eine Versammlung der Senes, Vorleser, Helfer und Helferinnen einzuberufen. Die Synode ist, wie schon gemeldet, vorgestern geschlossen worden.

Folgender Auszug aus dem Protokoll der Estl. Provinzialsynode ist dem genannten Blatt zur Veröffentlichung zugestellt worden:

§ 37. Im Bewußtsein der verantwortungsvollen Bedeutung und des Ernstes dessen, was die Estländische Synode im J. 1905 in 5 Punkten zur Aufrechterhaltung der Glaubens- und Gewissensfreiheit vortrat; angesichts der von den Presbiteriensynoden geübten Kritik an jenem Wortum; gegenüber den in Broschüren und Zeitungen zu dieser Frage ausgesprochenen, sowohl abweichenden als zustimmenden Urteilen; in Beachtung des mehrfach aus den Gemeinden heraus gehörten, entschiedenen auf Mißver-

ständnis beruhenden Vorwurfs, als erschüttere die Synode die Pietät gegenüber den heiligen und ehrenwürdigen Institutionen der Kirche, der Konfirmation und der kirchlichen Erziehung; der Tatsache gegenüber, daß alle Estländischen Presbiteriensynoden von 1906 aufs Neue die vorliegende Frage in Behandlung genommen und sich zum Teil abweichend gegenüber der Formulierung der Beschlüsse von 1905 ausgesprochen; endlich auf Grundlage der auf die diesjährige Synode gebrachten Arbeiten und Vorschläge — sah sich die Synode veranlaßt, nochmals die ganze Frage eingehendster Besprechung und Beleuchtung zu unterwerfen.

Die Synode einigte sich auf folgende Formulierung ihrer Ueberzeugung und Wünsche, zugleich ihr Wortum von 1905 (sowohl präzisierter als erweitert): 1) Die Synode erklärt ausdrücklich, daß sie die Institution der Konfirmation der Jugend ev.-luth. Bekenntnisses mit voller Ueberzeugung und Entschiedenheit aufrecht erhalten wissen will. Die Synode sieht es aber zugleich als eine Gewissenspflicht der Kirche an, es offen auszusprechen, daß die Bestimmungen unseres Kirchengesetzes, welches die Ausübung bürgerlicher Rechte, namentlich das Recht der Ehe schließt, von der vollzogenen Konfirmation abhängig machen (§ 317) und dadurch einen Zwang auf diejenigen ausüben, welche nicht im Glauben der Kirche stehen, — eine unangenehme, die Gewissensfreiheit beeinträchtigende und zur Unwahrheit verleitende Forderung enthalten.

Die Synode lehnt die Ueberzeugung und Hoffnung, daß gerade nach Wegschaffung dieser auf den Gemeinden und auf den Pastoren ruhenden Gewissenslast die Bedeutung und der Segen der Konfirmation freudiger erkannt und erfahren wird als bisher.

Die Synode beschließt, um die Aufhebung dieser dem Geist und Wesen des Evangeliums widersprechenden gesetzlichen Bestimmungen (§ 282, 821 und 317) wo gebrüg zu bitten. Zugleich beantragt sie die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Forderung des Besuchs einer Konfirmationslehre für alle Jünglinge und Jungfrauen ihrer Gemeinden im Alter von 15—18 Jahren. 2) Die Synode hält unentwegt fest an der Forderung der kirchlichen Erziehung zur Vollziehung einer christlichen Ehe. Aber die Synode bekennt sich zugleich dazu, daß die Forderung des Kirchengesetzes, welche zum Eingang einer Ehe eine kirchliche Erziehung für Alle fordert, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich zum christlichen Glauben der Kirche bekennen oder nicht (§ 300) gleichfalls eine unangenehme, die Gewissenslast bedeutende Forderung sei. Zur Beseitigung dieser Gewissensbedrückung beschloß die Synode, wo gebrüg darum zu petitionieren, daß solchen Personen, welche die kirchliche Erziehung bei Eingehung ihrer Ehe abweisen, die Möglichkeit geboten werde, ohne dieselbe durch eine entsprechende Instanz eine staatlich gültige Ehe zu schließen. 3) Die Synode hält unentwegt daran fest, daß nur Ehen von Lutheranern, luth. Gemeinden gelten können. Aber die Synode erkennt die Paragrafen des Kirchengesetzes, welche die Erziehung der Ehe von Neugeborenen durch die weltliche Gewalt fordern (§ 272 und 804) als eine unangenehme Zwangsmaßregel und beschließt eine Beseitigung dieser Paragrafen wo gebrüg zu beantragen. Zugleich empfiehlt sie die Einsetzung einer Kommission — und erwählt bereits auf der gegenwärtigen Synode eine solche —, welche auf evangelischer Grundlage eine Regelung für die Kindererziehung als innerliche Ordnung verfaßt und darin (sowohl die Pflicht der Eltern festsetzt, ihre Kinder taufen zu lassen, wie auch die Verpflichtung der Pastoren, für eine gründliche Erziehung der Getauften Sorge zu tragen. Im Interesse der Selbstverwaltung der Kirche für den Fall der Verweigerung der Taufe an den Kindern durch die Eltern, sowie zur Bewahrung des vom Herrn gestifteten Heiligtums für die Kinder und zum Zweck der leistungsfähigen Ver-

Das nem' ich Mannesprobe: Fest stehen im Ringelstich; Misträusch bleiben dem Lobe, Demütig werden im Glücke. Julius Bohmeyer, „Auf Pfaden des Glücks“.

Die soziale Erziehung der Frau.

Von Rätche Schirmer. „Des Marguerites“ liegen oben in einer Senes Vorstadt. Ein schönes, von einem Garten umgebenes Landhaus. Ringsum andere Landhäuser; die Landhäuser dort einen sicheren Aufenthalt, und im Winter kommen die hungrigen Ameln, das Brot vor den Haustüren aufzuküpfen. Der Schatten des Salève recht sich im Süden, und die Reite des Jura leuchtet im Norden. In dieser schönen Umgebung wird an einem erzieherischen Experiment gearbeitet: Wie gibt man reichen oder doch wohlhabenden jungen Mädchen das Gefühl ihrer sozialen Verantwortlichkeit; wie lehrt man sie sozial empfinden und die große Macht, die sie als Vertreterinnen des Besitzes und der Bildung haben, wohlthätig und einseitig zu verwenden? Wie bilden wir moderne Frauen und Mütter, die Welt und Leben kennen, um im Hause für Leben und Welt zu erziehen? Alle diese Fragen hat die Leiterin der Marguerites sich vorgelegt, und seit Jahren geht ihr Streben dahin, die rechte pädagogische Antwort hierfür zu finden. Diese Versuche sind so interessant und so zeitgemäß, daß sie wohl verdienen, auch außerhalb Senes bekannt zu werden. Senf ist nun freilich ein besonders günstiger Boden für dieses Experiment. Die Stadt hat ein ungewöhnlich hohes Bildungsniveau, der Konton gibt sehr viel für Erziehungszwecke aus, die Universität ist ein hervorragender geistiger Brennpunkt, der intellektuelle Verkehr mit dem Auslande blüht, und das französisch sprechende, von französischer Kultur beeinflusste, aber protestantische Senf hat einen pädagogischen Wagemut

und die besondere Fähigkeit der Aneignung und Anempfindung, die Paris abgeht.

Dabei ist Senf der Sitz einer Gesellschaft, der Fédération abolitioniste et internationale, zu deren Grundätzen die Einheit der Moral bei Mann und Frau gehört. Aus diesem Kreise sind eine Anzahl Lehrer der Marguerites hervorgegangen. Ein Unterricht, der auf der moralischen, intellektuellen und sozialen Gleichberechtigung der Geschlechter fußt, weicht natürlich stark von allem Hergebrachten ab.

Etwa zwanzig junge Mädchen sitzen in dem hellen Klassenzimmer zu ebener Erde. Französisch ist die Umgangssprache und Unterrichtssprache, die Nationalität der Schülerinnen aber ist verschieden: deutsche und französische Schweizerinnen, Schottinnen, Engländerinnen, Deutsche und viele Holländerinnen. Wer dem Unterricht folgen will, muß die Lehrsprache schon beherrschen. Durchweg sind es Mädchen der bescheidenen Klassen, kaum eine wird sich je ihr Brot verdienen müssen, nicht wenige stehen im Adelskalender ihrer Heimat. Doch in der Pension herrscht Gleichheit, man bucht sich, und den häuslichen Verhältnissen — dem Ordnen der Zimmer, der Verteilung des Tees, der Hilfe bei Tisch — unterziehen sich alle.

Der elektrische Funke und seine industriellen Anwendungen werden in der Physikstunde erläutert. Die soziale Bedeutung aber schließt sich an die naturwissenschaftliche Unterweisung an, lautet doch das Programm: „la science industrielle moderne et ses conséquences sociales“. Der Lehrer, ein Ingenieur von Fach, ist zugleich als Mitglied des großen Rats von Senf. Die Vorbildung für diesen Kursus hat sich bei den jungen Mädchen, die aus so verschiedenen Schulen kommen, als ungleich und oft auch ungenügend erwiesen. Dem Lehrer fehlte es auch bisher an den nötigen Apparaten zum Experimentieren und er petitionierte daher um „Schranke und Instrumente“. Aber praktische Rundgänge in Fabriken helfen hier nach, die sozialen Lebensbedingungen der Arbeiter in den großen Industrien lassen sich auch ohne Experimente darlegen. Wenn aber die

Die Tiefsten und Reifsten aber haben wir gewonnen und bei den anderen wird die Schule des Lebens, die auch den Reifsten nicht erspart bleibt, das Ihre tun, um sie entdecken zu lassen, daß ihre Lehrer ihnen Brot und keinen Stein gereicht. Nicht wenige werden den Garten ihrer Erkenntnis mit vielen Tränen besäen müssen, aber dann werden auch keine und Blüten zum Nutzen des kommenden Geschlechts sprießen können. In den „Marguerites“ erzieht man Mütter, die wissen und wollen.

Nun bleibt noch die Frage: wie wird es in der Anstalt mit der Religion gehalten? Ein bekannter „sozialer“ Pastor erteilt den Religionsunterricht, und sein Bestreben geht dahin, die jungen Mädchen das Evangelium praktisch durchzuführen zu lehren. Er verlangt praktisches Christentum von ihnen, tätige Nächstenliebe, und bei der Frau, der Trägerin der Zukunft, ein frohes Bewußtsein ihres Wertes und ihrer hohen Aufgabe. Die Leiterin der Anstalt selbst steht in ihrem so modernen Programm auch ein christliches Programm. Die Gleichberechtigung der Geschlechter, ihre Ergänzung, die soziale Verantwortlichkeit der Bescheidenen — alles erscheint ihr in Uebereinstimmung mit dem Leben und der Lehre Christi.

Damit jedoch die Gottesarbeit nicht erdrückend wirkt, wird der Sport in der Anstalt eifrig gepflegt. Lantennens ist selbstverständlich, im Winter schwedische Gymnastik und Schlittschuhlaufen. Dazu werden Schenkmänner gemacht und Schneehütten gebaut und nicht zuletzt auf Ausschüpfen die Abhänge der Gärten hinabgeschoben. Gelegentliche Ausflüge auf den Salève zum Nebelmeer kommen hinzu, wo in Schnee und Vögeln der frühe Uebermut der Jugend ausbricht, Krügen und Schneehüte um die Wette fliegen und ein lustiges Erzögieren in der kalten reinen Winterluft alle warm macht.

Die jungen Mädchen haben es gut auf dieser sozialen Verknüpfung, sie nehmen, wenn auch oftmals unbewußt, von dort einen Schatz seltener „Perlen“, Marguerites, mit ins Leben.

handlung der die Tausch ihrer Kinder verweigerten Eltern hat die Kommission Maßregeln vorzuschlagen.

4) Die Synode beschließt, wo gehörig dafür einzutreten, daß alle Bestimmungen, welche die Teilnahme an hl. Abendmahl auf Befehl einer Behörde (§ 209), wie auch diejenigen Erlasse, die einen christlichen Eid auch von denen fordern, welche ausdrücklich den christlichen Glauben (resp. auch selbst den Gottesglauben) für ihre Person negieren (§ 447) — als unevangelische Gewissensbedrückung gestrichen werden.

5) Die Synode beschließt, wo gehörig um die Aufhebung der Gesetzesbestimmung zu petitionieren, welche die Ausstellung eines Reverses beim Eingehen einer geschiedenen Ehe fordert, weil diese Forderung eine unevangelische und das Gewissen bedrückende ist. Auch beschließt die Synode, darum zu bitten, daß die Entscheidung darüber, nach welchem Bekennnisse einem Kinde aus einer Ehe die der Religion unterrichtet erteilt werden solle, seinen Eltern, resp. Vormündern überlassen werde.

6) Die Synode beschließt, um die Aufnahme einer Bestimmung in das Kirchengesetz zu petitionieren, laut welcher die öffentlichen Schulen verpflichtet werden, den Schülern den Genuß von Konfession in der Schule auch Genuß von Religion unterrichtet zu lassen. Dieser Unterricht darf nur von solchen Personen erteilt werden, welche von einem Genuß von Konfession als hierzu qualifiziert attestiert worden sind, und die dringlichen Konfessionen müssen verpflichtet werden, über die Ausführung dieser Bestimmung zu wachen.

Die Synode beschließt mit großer Majorität, die obigen 6 Punkte durch ihren Präses dem Erlandischen Konsistorium mit der Bitte vorzustellen, diese Petitionen beim General-Konsistorium seinerseits zu vertreten und zu unterstützen.

Mit der Finanzpolitik der Regierung bis zur nächsten Duma-Session

beschäftigte sich der Ministerrat in diesen Tagen. Amlich wird uns Folgendes darüber mitgeteilt:

pta. In der Sitzung des Ministerrats vom 15. August werden Vorschläge des Finanzministers begutachtet. Diese bezogen sich auf die Ordnung der Aufstellung, Durchsicht und Befestigung der Voranschläge und des Reichsbudgets der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1907, sowie auf die Eröffnung temporärer Kredite bis zur Befestigung des Budgets. Da die Eröffnung der Sitzungen des Reichsrats und der Duma in ihrem neuen Bestande auf den 20. Februar 1907 anberaumt ist, hat der Ministerrat beschlossen, daß die Voranschläge für das Jahr 1907 von den Ressorts der Duma und dem Reichsrat zu diesem Termine vorzustellen sind, wobei der Finanzminister verpflichtet ist, auf selben Datum den gesetzgebenden Institutionen das Budget der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1907 vorzulegen. Bis zur Befestigung des neuen Budgets bleibt das Budget des Jahres 1906 im Laufe des Jahres 1907 in Kraft, wobei auf Grund des Art. 116 der Reichsgrundgesetz (Svod Zakonow Band I Teil I, Ausgabe 1906 (zur Verfügung der Ministerien und Hauptverwaltungen auf Verfügung des Ministerrats) sukzessive Kredite eröffnet werden sollen, die den effektivsten Bedürfnissen entsprechen. Diese Kredite dürfen jedoch in ihrer Gesamtsumme pro Monat den 12. Teil des entsprechenden Ausgabenbetrags des geltenden Budgets des Jahres 1906 nicht übersteigen.

Um die Gesellschaft mit dieser Frage näher bekannt zu machen, hielt es der Ministerrat für zweckdienlich, detaillierte Erörterungen in dieser Angelegenheit zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, was auch in allerhöchster Zeit geschehen soll.

Darauf wurde vom Ministerrat ein Gesuch des Statthalters Sr. Majestät im Kaukasus durchgesehen, worin um Aufhebung der obligatorischen Beziehungen und des Abhängigkeitsverhältnisses der Bauern und Anwesler zu den Herrenbesitzern und Landbesitzern in den Transkaukasischen Gebieten gebeten wird. — Da die projektirte Maßnahme ohne sofortige verlässliche Entscheidung über die sehr große Ausgabe von circa 30 Millionen Rubl. zur Befriedigung der interessierten Landbesitzer auf Kosten der allgemeinen Staatsmittel als unausführbar anerkannt werden muß, so fand der Ministerrat die sofortige Entscheidung dieser Frage für nicht möglich, wobei er erachtete, daß diese Angelegenheit auf Grund der Vorstellung der lokalen Hauptverwaltung nicht anders durchgeführt werden kann, als von der Duma und dem Reichsrat.

Ueber die kolossale Verbreitung der illegalen Literatur

geben die letzten Nummern (43 und 45) der Zibna Auskunft. Darnach sind in der Zeit vom 1. Juli bis zum 7. August allein in der Topographie der Lettischen Sozialdemokratie (lettische Arbeiterpartei) 285,000 Exemplare verschiedener sozialdemokratischer Schriften gedruckt worden. Von dieser Anzahl entfallen 48,000 Exemplare auf 4 Nummern der Zibna, 8,000 auf „Politische Tagesfragen“ (kleine Broschüren à 3 Kop.), 400 Aufzüge der Schriftsteller in lettischer und deutscher Sprache, den Rest bilden Proklamationen des Zentralkomitees einiger hiesiger (Fabrikarbeiter) und auswärtsiger (z. B. Wirtschafter und Tuchmacher) Organisationen in lettischer, russischer, deutscher, litauischer und estnischer Sprache. Außerdem druckt die Saweeniba (Vereinigung ihrer Organ, den „Strahneek“ (Arbeiter) und Proklamationen; das Organ der lettischen Sozialrevolutionäre ist der „Sarcanais Karog“ (die rote Fahne). Auch die hiesige russische Sozialdemokratie und der „Abische Bund“ tun in dieser Hinsicht das Menschendögliche. Wenn man zu den obigen Ausgaben noch die aus dem Auslande und aus dem Innern des Reiches eingeschmuggelte illegale Literatur, sowie die gedruckten und hektographierten Proklamationen der landlichen Organisationen rechnet, so kann wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, daß die Zahl der illegalen Literatur, die im Laufe der genannten 5 Wochen in Esthland und Kurland in Umlauf gesetzt worden ist, eine 1/2 Million übersteigen wird!

Zu den legalen lettischen sozialdemokratischen Zeitchriften müssen die in Petersburg erscheinenden Petersburgas Lapa und Tautas teikas gerechnet werden. Die den obigen Presorganen ähnlich nachhinkenden Russulaki werden von den Sozialdemokraten nicht für vollwertig anerkannt und dieses bekämpft.

Die Literatur ist bekanntlich ein sehr wichtiges Mittel für die Verbreitung politischer Ideen. Was ist aber von der anderen Seite in dieser Hinsicht

getan worden? Man kann leider nur vereinzelte, ungewandte Versuche verzeichnen.

Zum Verkauf der Apuanenländerlein

an die landarmen Bauern und das zu diesem Zweck verfügbare Landareal gehen uns folgende Daten zu. Gegenwärtig besitzt das Apuanenressort über 8 Millionen Dessjatinen, von denen mehr als 5 Millionen Dessjatinen Wald sind. Auf Grund des Allerhöchsten Befehles gehen über 1,800,000 Dessjatinen, die hauptsächlich in Samarajien, Staratowtschen und Simbirtskischen Gouvernements belegen sind, an die Bauern über. Die Pachstücke brachten im letzten Jahre 5,688,000 Rubel ein. 2 1/2 Proz. der in Arrende gegebenen Apuanenländerlein sind in Händen von Bauerneigenen, 46,7 Proz. sind von bäuerlichen Gesellschaften gepachtet, 19,8 Proz. — von einzelnen Pächtern und 8 Proz. sind an Bauern zu einjähriger Kuponziehung vergeben.

b. Zum Inländischen Volksschulendirektor ist, wie die Latwija zu berichten weiß, der Vorsteher eines privaten Mädchengymnasiums in Riga, Pastor Woldegar Malbon, in Aussicht genommen.

b. Ringmündshof. Alter Sünden wegen. In diesen Tagen wurde, nach der Waise, das hiesige Gemeindeglied Andreas Salg verhaftet und nach Riga ins Gefängnis abgeführt. Er wird beschuldigt, im Oktober v. J. einem Dragoon, der, von den Revolutionären verfolgt, bei ihm Obdach gesucht hatte, Pferd, Gemehr und Säbel abgenommen zu haben. Das Pferd wurde im Einvernehmen mit dem „Anordnungskomitee“ versteigert, die Flinte wurde ihm später von den Revolutionären abgenommen, so daß ihm von dem ganzen Raube nur der Säbel verblieb, den er jetzt den Regierungsbehörden ausliefern mußte.

b. Ucheraden. Der vor kurzem gewählte Gemeindefreier hat seine Stelle verlassen, weil er, nach der Latwija, Drohbriele erhalten hat.

b. Wolmarischer Kreis. St. Mathia e. Am 8. August versammelte sich der örtliche Kirchenkonvent zum dritten Mal zu einer Pastorenwahl. Zum Pastor von St. Mathia wählte der Waise zufolge, der Kirchenkonvent einstimmig den bekannten lettischen Schriftsteller A. K e e r a.

Wendenscher Kreis. Das Ende eines Räubers. Im Rig. Tagbl. lesen wir: Die Honneburgische Bevölkerung atmet auf. Der erste Honneburger Räuber Siska (Ziga), der eigentlich Wirfs hieß, hat seit Monaten den Schreden der ganzen Gegend gebildet. Er ist es gewesen, der den Wendenschen Kreisgeheißenen Grigorow so schwer verletz hat, daß an dessen völliger Wiederherstellung noch immer gezweifelt wird, er stand an der Spitze der Bande, die die Rönneburgische Gegend terrorisierte und brandschatzte, er soll auch, wie vermutet wird, der Wörder des Urkündens Reinwald in Drosenhof gewesen sein. Siska lebte oft in Gefinden, deren Wirte nicht wagten, ihn hinauszuweisen, geschweige denn anzugehen; er erprete Geld, posierte Wädden, und niemand risierte auch nur den geringsten Widerstand. Einmal hatte er die Freiheit, mit Kosaken zu kniepen, die er dann nachträglich brieflich darüber aufklärte, mit wem sie abnunglos zusammen gefessen hatten. — Man hat den Räuber tot, erschossen, im Walde vorgefunden.

Insel Runö. Auf Initiative des auf Oesel ansässigen schwedischen Ingenieurs Franckel ist in Schweden für die Insel Runö, deren Bewohner bis auf den heutigen Tag schwedische Sprache und Sitten bewahrt haben, eine Bibliothek von über 4000 Bänden zusammengedruckt und dieser Tage an seinen Bestimmungsort abgefertigt worden. Zur Anordnung der Bücher Sammlung hat sich gleichzeitig der schwedische Pastor von Orund, Zetterquist, nach Runö begeben, wo er einige Zeit zu verweilen gedenkt, bis die Insel bereits 4 Jahre ohne einen Seelsorger ist. Um der Gemeinde bei der Erlangung eines Geistlichen behilflich zu sein, hat der schwedische Kultusminister versprochen, sich dahin zu verwenden, daß ein schwedischer Pastor, der nach Runö Stellung nimmt, bei seiner Rückkehr nach Schweden sich die Zeit seiner dortigen Tätigkeit als pensionsberechtigte Dienstzeit anrechnen kann. (Rev. 3)

Kurland. Ueberfall. Der Arrendator des Gutes Groß-Dehlen, Grenewitz, soll nach dem Ab. West., auf einer Fahrt nach Libau von 4 Männern überfallen und mit einem stumpfen Gegenstande am Kopf verletzt worden sein. Durch den Schlag hatte der Arrendator das Bewußtsein verloren, doch hat der Räuber ihn im Wagen halten und schnell davonfahren können. Dem Leben des G. droht keine Gefahr.

Witau. Zur Verhandlung des temporären Kriegsgesetzes gelangt am 23. Aug. c. die Anlage des Kurländischen Generalgouvernements von Böckmann gegen dreißig Tausende Revolutionäre wegen Aufhebung der gesetzlichen Staatsinstitutionen, Einsetzung von revolutionären Komitees, Verabredung des Tauschens Zeughauses und Vertreibung von Militär aus Tausen durch einen allgemeinen bewaffneten Aufruf in den ersten Tagen des Dezember vorigen Jahres. Die Verhandlung dieser Sache dürfte mehrere Wochen beanspruchen.

Reval. Deutsche Schule. Wie die Revaler Blätter erfahren, hat der Kurator des Rigaischen Lehrbezirks dieser Tage Herrn Pastor J. Reimann die Eröffnung der von ihm projektirten Elementarschule mit deutscher Unterrichtsprache als Vorbereitungsstufe für die Domschule gestattet, wobei die formale Abänderung einzelner eingetragener Papiere verlangt worden ist. Zugleich ist für die Septima neben dem gewünschten Programm (griechische und römische Sagen) noch die Geschichte Rußlands in großen Zügen einzuführen, welche Stunden in russischer Sprache zu erteilen sind.

Petersburg. Das Attentat auf P. A. Stolypin. Ein Mitarbeiter des Berl. Lok.-Anz. sprach einen hohen Staatsbeamten, dem von dem Premierminister Stolypin selbst dessen Einbrüche während des Bombenattentats geschildert worden waren. Danach befand sich Stolypin in seinem Arbeitszimmer, als im Empfangszimmer sehr laut gesprochen wurde. Er unterschied deutlich die Stimme des Generals Samojin, der bekanntlich während der Katastrophe umkam. Stolypin wollte gerade die Tür öffnen gehen, um nach der Ursache des lauten Strittes zu forschen, als eine fürchterliche Detonation erfolgte. Sein erster Gedanke galt seiner Familie, seinen Kindern; doch blieb er einen Moment starr vor Schrecken stehen, als er den Balkon herabstürzen sah und mit ihm seine Tochter und sein einziges Stöckchen, sowie die alte Kinderwärterin. Stolypin selbst blieb völlig unverletzt, nur das Antefah flag ihm gegen den Hinterkopf, ohne ihn zu beschädigen. In seinem Kabinett wurden die Möbel teilweise

durcheinander geschoben, doch sind alle wichtigen Papiere unbeschädigt, ebenso alle Aktensätze in dem nebenan befindlichen Sekretariat, die, unter der einflügelnden Decke begraben, erhalten blieben. Wie der Premierminister erzählte, wurden beide Attentäter, in der Uniform der Genbarmerieoffiziere, von General Samojin angefallen, da sie Feindschaft trugen, was unvorschriftsmäßig ist. Samojin verwehrte ihnen deshalb, nichts Gutes ahnend, den Eintritt in das Kabinett des Ministers. Während des Wortwechsels ließ einer der Attentäter ein von ihm in der Hand gehaltenes Portefeuille fallen, worauf die schreckliche Katastrophe erfolgte. Ein Arm dieses Mannes wurde weit weg im Garten des Landhauses gefunden. Stolypin ist wieder vollkommen gesund und fest entschlossen, seine Pflicht weiter zu erfüllen, und zwar, wie er meinem Gewährsmann sagte, auf der eingeschlagenen liberalen Bahn. Schmerzlich bejorgt macht ihn nur das Schicksal seiner schwerverwundeten Tochter.

pta. Petersburg. Zum Attentat auf General Min. Im Semenowtschen Regiment fand gestern für die Unteroffiziere des Regiments und der Militärdeputationen das Gedächtnisfest statt. Die Witwe und die Tochter des Verewigen besuchten den Speisesaal, wobei die Begrüßungsworte der Witwe die Anwesenden bis zu Thränen und Schluchzen rührten.

Die Witwe des ermordeten Generalmajors Min hat von Ihrer Majestät der Kaiserin-Witwe Maria Fedorowna folgendes Telegramm erhalten:

„Von ganzem Herzen teile ich Ihren furchtbaren, bitteren Kummer und beinahe mit Ihnen Ihren teuren heiliggeliebten Gatten, dessen unersetzlicher Verlust nicht nur ein Unglück für Sie und seine Familie ist, sondern auch für uns alle, die ihn liebten und achteten. Maria.“

Das Beileidtelegramm des Königs von England lautet:

„Erschüttert von dem furchtbaren Unglück, bitte ich Sie mir den Ausdruck meines tiefsten Beileids entgegenzunehmen. Edward.“

Petersburg. Verschönerung. Wie aus Petersburg gemeldet wird, entbede die Polizei eine weitverbreitete Verschönerung zum Zweck eines allgemeinen bewaffneten Aufstandes im ganzen Lande. Das Komplott wurde von einer großen Verbindung von Revolutionären ausgearbeitet, die beabsichtigt hatte, Waffeneroberungen von Beamten ins Werk zu setzen, um den Erfolg zu sichern. Viele der Beteiligten wurden rechtzeitig gewarnt und flohen.

pta. Petersburg. Zwecks ausgebeinteter Verwendung der Automobile zu militärischen Zwecken fordert der Generalstab Reserveoffiziere und Freiwillige erster Kategorie, die ihre Dienstpflichten während der Friedenszeit mit eigenen Automobilen abzuliefern wünschen, auf davon Anzeige zu machen. Die Automobile müssen vollkommen im Stande sein und 12 bis 16 Pferdekräfte enthalten. Personen, die ihre Lehrlinge auf diese Weise absolviert haben, werden besonders begünstigt und in Kriegszeiten in die Städte ernannt werden.

hm. Petersburg. Die Gesellschaft zur Erreichung der Vollberechtigung für die Juden in Rußland, beschloß, in Anbetracht der massenhaften Verbreitung der schwarzen Hez-literatur, eine energische Bekämpfung dieser durch Verbreitung von populär-progredienten Broschüren und Flugchriften, sowie durch öffentliche Vorträge und Theateraufführungen. Um ein einheitliches zielbewusstes Vorgehen in dieser Sache zu ermöglichen, wird bald eine Beratung stattfinden, an welcher auch Vertreter sämtlicher progressiven Parteien Auslands teilnehmen sollen.

Petersburg. Bekleidung eines Offiziers. Die Disziplinlosigkeit im Heere ist bekanntlich eine Tathache, die nicht mehr abgelenkt werden kann. Die Gerichtskronik registriert leider nur allzuviel Fälle von Verbrechen in Disziplin und Ordnung im Militär. Ein eklatanter Fall bildete, der St. Pet. Ztg. zufolge, den Gegenstand der Verhandlung im Militärgericht unter dem Vorfig des Obersten Kirilin.

Im Juli dieses Jahres ritt der Dragonerleutnant Baron Krpshofen durch einen Wald in der Nähe des Dorfes Garino. Hier traf er zwei angeheiterte Artillerieoffiziere, die ihm schon von weitem zuriefen: „Halt, Herr! Halt!“ Als er an sie heranritt, versuchten sie sein Pferd am Zügel zu packen, doch riß es sich los und der Leutnant konnte unbedeutend seinen Weg fortsetzen. Hinter ihm drein schimpften die betrunkenen Soldaten in unflätigen Ausdrücken. In der Kaserne angelangt, hat der Leutnant den dejourierten Offizier, Leutnant v. G., eine Patrouille zur Verhaftung der beiden Artilleristen auszusenden. Die Patrouille traf auch wirklich die beiden Artilleristen im Walde an, wobei sich dem ausgesendeten Detachement, das der Leutnant G. führte, folgendes sondersbare Bild bot: einer der Artilleristen lag schwerbetäubt im Kot, während der andere mit gezogenem Säbel bei ihm Wache stand und ab und zu um der alkoholfüllten Kameraden eine Runde machte. Beide rauchten und warfen die Zigaretten nicht fort, als der Leutnant sie anredete. Die Soldaten mußten ihnen die Zigaretten aus dem Munde reißen. Keiner von ihnen grüßte den Offizier, der sie anredete, und beide antworteten, ohne die Hände aus den Hosentaschen zu nehmen. Als sie verhaftet wurden, erzgingen sie sich in den größten Schimpfreden, ohne auf die Anwesenheit des Offiziers zu achten.

Die beiden Artilleristen Trubin und Kurogawtsch kamen vor Gericht. Trubin war mehrfach vorher straf, darunter für Diebstahl. Die beiden Angeklagten behaupteten vor Gericht, sich des Vorfalls absolut nicht erinnern zu können.

Ihr Verteidiger, Kapitän Swellonow, führte in seiner Verteidigungsrede aus, daß die Soldaten lediglich für großen Ungehörigkeit bestraft werden dürften. Das Gericht jedoch verurteilte die Soldaten zu je vierjähriger Zwangsarbeit. Die Verurteilten haben gegen dieses Urteil Berufung angemeldet.

Petersburg. Ueber die Verhaftung des jetzt wieder geflüchteten Hjelenzow in der Schweiz, die zu seiner Auslieferung nach Rußland geführt hatte, weiß der Tomarskisch einige Einzelheiten zu erzählen. Auf der Reise aus Wien nach Zürich (nach dem Bankrott in Moskau) trank Hjelenzow fortwährend Cognac. Schließlich geriet er in eine solche Lage, daß er im Waggon die Fensterhebeln entriegelte. In Zürich hielt man ihn für einen Werrückten und brachte ihn ins Hospital. Da er nicht außer Rußisch sprach, requirirte die Polizei einen Dr. Talberg als Interpreten. Dieser schloß alsbald Verdacht. Er hatte in den Zeitungen von dem grandiosen Bankdiebstahl gelesen und glaubte nicht schlaggehen in der Annahme, daß der Angeressene ein richtiger Dieb sei. Er lagte

es ihm ins Gesicht und Hjelenzow gehand es mit dem Hingufügen, er habe aus politischen Beweggründen gehandelt. Talberg aber ließ dieses Motiv nicht gelten und erzählte alles dem Polizeichef. Bei Hjelenzow wurden 88,000 Rubl. des in Moskau geraubten Geldes gefunden. Hauptsächlich hatten ihn seine Hosen verraten. Talberg hatte gefehen, daß einer der Räuber Hosen eines Poles und Telegraphenbeamten angehabt hatte; solche Hosen hatte der fremde Angeressene an. . . .

Petersburg. Ein Drohbrief. Die Redaktion der Zeitung Strana veröffentlicht, einen ihr ausgegangenen Drohbrief folgenden Inhalts: „Geheime Gesellschaft. Tod für Tod.“ Es ist beschloffen, für den Tod der auf der Apothekerinsel Gebliebenen zu verurteilen: Petrunowitsch, Robitschew, Miljutow, Hefen, Winamer und auch alle, Hüpter der Revolution. Die Gesellschaft.“ — Der Brief ist hektographisch hergestellt; am Fuße des Blattes ist ein Haupt auf kreuzigten Knochen und etwas in der Art einer Nagaria dargefellt.

Petersburg. Verhaftungen und Schuß-maßnahmen. Der Herold berichtet von vorgehenden: Die Verhaftungen werden fortgesetzt. Der Hauptmomentpunkt der letzten Vergehensheften befindet sich in Moskau, wo jetzt eine Reihe Verhaftungen vorgenommen wurden. — Auf allen Bahnhöfen, besonders auf dem Baltischen, Jaroslawischen und auf dem Nikolai-Bahnhöfen, wurde heute der Schuß verstärkt. — Nach Krasnojse Selsk wurden heute 2000 Mann von der Landwehr beordert. Sie verbleiben dort sechs Wochen. Das Leibgarde-Regiment siedelte heute nach Peterhof über. — 500 Hooligans wurden in den letzten drei Tagen festgenommen.

Petersburg. Ein Arbeitermeeting hat dem Pet. Wistal zufolge am 14. August in einem Walde hinter der Rarnschen Marke stattgefunden, wobei über die Frage des Gerichts über die Arbeiter-deputierten beraten wurde, sowie über den Umstand, daß sich die zu irgend einem Zweck gewählten Deputierten häufig weigern, die Wahl anzunehmen. Diese Weigerung der Arbeiter, die Rolle von Deputierten zu übernehmen und mit den Fabrikadministratoren zu verhandeln, ist, wie auf dem Meeting erklärt wurde, auf den Umstand zurückzuführen, daß die Fabrik-administration auch dann, wenn sie die Forderungen der Arbeiter erfüllt, den betreffenden Deputierten als Aufspione zu entlassen und mit einem Jequis zu versehen pflegt, das ihm den Weg in andere Fabriken verschließt. Bei der Wahl von Deputierten sichern ihnen die Arbeiter durch einen Monatsgehalt die Existenz bis zur Erlangung einer anderen Stelle, vergessen sie aber dann und überlassen sie ihrem Schicksal. Die Arbeiter beschloffen, die Existenz ihrer von den Fabrikadministratoren entlassenen Deputierten durch Gehaltsabzüge zu sichern. (Pet. Ztg.)

Petersburg. Der Oberlehrer der historischen W-henschasten Staatsrat Rud. Stein ist als Direktor der Petri-Schule in Petersburg befestigt worden.

Generalleutnant Baron Müller, Sakomelsti soll Kommandeur des 5. Armeekorps und temporärer Generalgouverneur von Warchau werden.

pta. Petersburg. Hochschulwesen. Zur Vererbung um den Grad eines Doktors der Medizin während des akademischen Jahres 1906/1907 in der militär-medizinischen Akademie auch weibliche Aerzte mit dem Arzte-Diplome zugelassen werden. Der letzte Termin zur Einreichung der Gesuche ist der 1. Oktober.

Helsingfors. Der Spruch des Kriegegerichts in Sweaborg anlässlich der bekannten Revolte dürfte in den nächsten Tagen fallen. Die Zahl der Angeklagten beträgt gegen 700. Der Prozeß gegen die Zivilpersonen, die an den Revolten teilgenommen haben, über 80 an der Zahl und größtenteils Note Garbisten, wird vor dem Hofgerichte in Abo zur Verhandlung gelangen.

Die Wasserleitungsarbeiter in Helsingfors sind in den Ausstand getreten. (Rev. Ztg.)

Wod. Ein Examen unter Militär-schuh. Swon Wodki berichtet, daß am 10. August das Gebäude des humanistischen Gymnasiums von Truppen umringelt, der Garten durchsucht und abgeschlossen und im Schulgebäude selbst ein Posten aufgestellt wurde. All diese Maßnahmen waren getroffen worden, um die Schüler, welche sich der Prüfung unterzogen, von Ueberfällen zu schützen.

Wessa. Fürsorge für russische Flüchtlinge in Aegypten. Während der Judenverfolgungen in Wessa ist es einer ganzen Anzahl jüdischer Bewohner der unglücklichen Stadt gelungen, sich auf die Schiffe zu retten, die in regelmäßiger Fahrt Südrussland mit Aegypten verbinden. Es muß, wie der Franz. Ztg. aus Kairo geschrieben wird, als ein Zeichen ebenso großer Humanität wie verständlicher Wahrnehmung der Interessen des Europäischen günstige Lebensbedingungen bietenden Landes an den Ufern des Nil gerühmt werden, daß die maßgebenden Kreise Aegyptens, weit entfernt, den Vertriebenen bureaukratische Schwierigkeiten in den Weg zu legen, sich vielmehr mit anerkanntem Eifer an die Organisation eines Hilfswerkes gemacht haben, auf dessen Erfolg die Leiter stolz sein dürfen. Sofort nach dem Eintreffen der ersten Auswanderer konstituirte sich in Alexandrien ein Hilfsausschuß, dem hervorragende Mitglieder der Gesellschaft, Privatpersonen, Richter, Kaufleute, Bankiers ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität beitrugen. Bis zum 28. (15.) vorigen Monats waren bereits ungefähr 150 Familien, teils mit Geld, teils durch Nachweis von Arbeitsgelegenheit unterstützt worden. Das es sich hier um wirkliche Noth und nicht bloß um Betheile im größeren Maßstabe gehandelt hat, geht daraus hervor, daß etwa 30 unterstügte Familien inzwischen wieder nach Rußland zurückgekehrt sind. Die übrigen verteilen sich über das Land; einige kamen nach Kairo, andere fanden Beschäftigung in Baumwollspinnereien und Reismühlen, ein kleiner Teil wurde zur Landarbeit im Martut herangezogen, wo eine englische Gesellschaft mit Kultivierungsarbeiten beschäftigt ist. Der Hilfsausschuß hat sich dahin geäußert, daß später, wenn einmal die Organisation voll durchgeführt sein wird, noch sehr viel mehr in Aegypten aufgenommen werden können, und so ist sich vielleicht in aller Stille ein Teil des schmerzlichen Problems, das die Judenhegen in Rußland der an der Zivilisation interessierten Kulturwelt gestellt haben. Zur Beschaffung von Barmitteln wurde in Alexandrien ein großes Wohlthätigkeitsfest veranstaltet, das die Summe von 28,000 Mark eingebracht hat. Ein zweites Fest wird folgen.

Kaufhaus. In der letzten Zeit sind in Palästina, dem Haeman zufolge, viele Projekte, russische Bauern aus dem Kaukasus, die zum Juden-n-tum übergetreten waren, angelangt. Ein Teil von ihnen hat von der Gesellschaft „Sta Land in der Kolonie Tabarja gepachtet, wo sie sich niederließen. Ein größerer Teil konnte aber dort nicht als Landarbeiter existieren. Eine Gruppe solcher Projekte haben sich von dort nach Kleinasien begeben, da sie ihrer Meinung nach in der Nähe der Stadt Konia, neben der anatolischen Eisenbahn, Land unter leichteren Bedingungen in Pacht bekommen können. Dieser Gruppe haben sich auch einige jüdische Emigranten, die in Palästina keine Existenzmittel fanden, angeschlossen.

Ausland.

Riga, den 17. (30.) August.

Zwangsentgeignung der Polen?

Man schreibt uns aus Berliner national-liberalen Kreisen:

Vor wenigen Tagen wußte eine Zeitung zu berichten, die preussische Regierung plane gesetzliche Maßregeln zur Zwangsentgeignung polnischer Grundbesitzer. Diese Mitteilung wurde bald demontirt, namentlich aber hat der Ostmarkenverein auf dem Marienburger Tage eine Resolution gefaßt, welche die Zwangsentgeignung der Polen fordert.

Ich sage rund heraus, daß ich den Marienburger Beschluß auf das lebhafteste bejubele und dringend hoffe, daß ihn die Regierung keine Folge geben wird. Man muß eine Zwangsentgeignung von drei Gesichtspunkten aus gefaßt halten: erstens hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Staate und den Polen, zweitens hinsichtlich der Wirkung auf das Ausland und drittens weil dadurch ein bedenklicher Präzedenzfall geschaffen würde.

Die Antragsteller meinen doch wohl, daß die Polen auch hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten zu genügen haben. Eine der vornehmsten dieser Pflichten ist der Militärdienst. Der Soldat zieht in den Krieg, um König und Vaterland zu verteidigen. Wie der König, so ist auch das Vaterland nicht etwa nur ein Begriff, sondern eine reale Tatsache. Wenn man das Land, das ja auch ein Bestandteil des Borets Vaterland ist, gewaltsam wegnimmt — nicht etwa, weil er sich wegen Schulden nicht halten kann, sondern weil er einer bestimmten Rasse angehört —, der hat kein Vaterland, und es wäre ein Unstimm, von ihm zu verlangen, daß er etwas verteidigen soll, woran er keinen Anteil hat und haben darf. Dieses „darf“ ist das Entscheidende, denn es nimmt den Einwand weg, daß ja Millionen deutscher Untertanen keinen Grund und Boden besitzen. Gewiß, aber wenn sie die Mittel dazu haben, so vermehrt ihnen niemand den Grundbesitz, den Polen aber würde er vermehrt sein.

Zum zweiten würde das Ansehen Deutschlands im Auslande durch eine solche Maßregel den empfindlichsten Schaden leiden. Die Ausbreitung von Prestigeansehen aus Frankreich und Oesterreich nach dem 30-jährigen Kriege hat dem Ansehen dieser Länder sicherlich nichts genügt. Wenn nun schon eine Handlung des Fanatismus und Gehässigkeit das Ansehen eines Staates herabdrückt, wie erst eine Handlung, die das offene Eingeständnis der Schwäche und Unsicherheit wäre. Denn wenn wir der Polen nur die brutale Verletzung ihrer staatsbürgerlichen Rechte Herr werden können, so würden wir damit die Unsicherheit, zu assimilieren und zu kolonisieren, vor aller Welt eingestehen. Die Konsequenz davon müßte auch sein, daß wir unsere Kolonien aufgeben müßten, denn unter Segner und Reider im Auslande könnten mit Recht sagen, daß ein Staat, der innerhalb seiner Grenzen mit Leuten der indourpäischen Rasse nicht fertig werden kann, schließlich nicht berufen ist, Tausende von Meilen entfernt Regern oder Australiern die Kultur beizubringen.

Endlich wollte man erwägen, wie sehr durch eine derartige Maßregel der Begriff „Privateigentum“ erschüttert werden müßte. Man komme mir nicht damit, daß wir ja schon bei anderen Gelegenheiten die Enteignung haben. Das sind immer Fälle, wo es sich um eine real vor Augen liegende Notwendigkeit handelt. Eine Eisenbahn kann nicht durch die Luft geführt werden, sie muß über Grund und Boden gehen. Hier aber wäre von solcher realen Notwendigkeit keine Rede, sie würde vielmehr durch den sehr auslagereichen und beherrschbaren Begriff des „Staatsinteresses“ ersetzt werden. Wenn es aber heute das Staatsinteresse erfordert, die Polen zu enteignen, so kann sich vielleicht morgen eine Mehrheit finden, die es für im Staatsinteresse liegend erachtet, Krupp oder die Deutsche Bank zu enteignen. Mit anderen Worten: der Vorkampf arbeitet höchst bedenklich den sozialistischen Theorien in die Hände. Angesichts der Macht dieser Partei erscheint es nicht angebracht, wenn der Staat das Privateigentum negiert, sei es auch nur bestimmten Leuten gegenüber.

Ich gehe zu, daß die Lage Preußens den Polen gegenüber schwierig, aber dann wird man eben auf Mittel finden müssen, die der Gerechtigkeit und der Rechtlichkeit nicht ins Gesicht schlagen. Wenn man ungebildigt ist, daß die bisherigen Versuche noch wenig Erfolg zeigten, so liegt dies eben daran, daß Preußen erst seit kurzer Zeit wieder eine konsequente Polenpolitik hat. Erst man diese Politik unter Vermeidung von Fehlern fort, so werden sich die Früchte schon zeigen. Vielleicht in einem Menschenalter, vielleicht sogar erst in zweien: tut nichts, für den Staat ist ja ein Menschenalter keine größere Spanne Zeit, als ein Jahr für das Einzelindividuum.

Ueber die Waffen-Entdeckung in Hamburg

berichten die Hamburger Nachr. von vorgestern folgendes Näheres: Der hiesigen politischen Polizei wurde am Sonntag mitgeteilt, daß in einer Wirt-schaft in der Brunnenstraße zwei verdächtige Russen sich aufhielten. Als man die Leute zur Wache führte, warf einer ein Paket von sich, das eine Anzahl Briefe an in Rußland wohnende Leute enthielt; außerdem hatten die beiden mehrere hundert Gewehrpatronen, sowie verschiedene Rollen bei sich, durch die Browningpistolen in Karabiner umgewandelt werden können. Die Untersuchung ergab, daß die Verhafteten sich in der erwähnten Wirt-schaft getroffen hatten, um von dort nach den Landungsbrücken zu gehen, wo ein Kapitän die Pakete in Empfang nehmen sollte. Der Schiffsführer wurde jedoch bisher nicht ermittelt. Am Abend brachte ein Russe in einer Wirt-schaft das Gespräch darauf, wie man am besten unbemerkt von Hamburg entkommen könne, gang besonders erkundigte er sich nach den Adressen von Kapitänen englischer Kohlen-dampfer. Während mehrere Gäste sich mit dem Manne unterhielten, benachrichtigte einer die Polizei, die den erschreckten Russen in Hast nahm. Auch dieser scheint zu jener Gesellschaft zu gehören, deren Leiter wohl Javart ist. Man wird in der

Verlust wieder losagen kann, falls in der Zukunft der Wunsch danach rege werden sollte.

Die Expropriation von Privatland ist an und für sich abzulehnen und es ist dem großen und mittleren Grundbesitz vollkommen freizustellen, diesen Wünschen von sich aus entgegenzukommen.

Desgleichen ist die Wichtigkeit des Knechtens volkswirtschaftlich zu betonen. Ein großer Teil unseres Wohlstandes resultiert aus dem Knechtenswesen.

Während der kleine Landbesitzer in Russland die Hälfte seiner Arbeitszeit aus Arbeitsmangel verliert, ist durch die Knechtenswirtschaft die Arbeitskraft des Einzelnen stets voll ausgenutzt.

Hieraus ergibt sich aber auch klar und deutlich — wie ich es anderer Stelle ausgesprochen habe — daß nicht die Bodenfläche einem Lande den Wert geben, sondern einzig und allein der Geist, der die Bewohner dieses Landes befeuert.

Eine weitere volkswirtschaftliche Frage von Bedeutung ist die Länge des Arbeitstages.

Wenn es anfangs schien, daß der achtstündige Arbeitstag nur zu Revolutionszwecken verlangt wurde — also zur Motivierung des politischen Streiks — so trifft man heute doch schon oft die Uebersetzung an, daß dieses Postulat auch tatsächlich aus Gründen der Volkswirtschaft erreicht werden müsse.

Ein ungeduldfertiges Herabziehen der Arbeitsleistung wirkt den Hoffnungen der Arbeiterschaft direkt entgegen!

Ein ungeduldfertiges Herabziehen der Arbeitsleistung wirkt den Hoffnungen der Arbeiterschaft direkt entgegen! Wenn die Arbeiter nach guten Löhnen streben, so ist das verständlich und die Möglichkeit, diesem Verlangen entgegen kommen zu können, durchaus zu wünschen!

Sofales.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist zu Montag, den 21. August c., um 7/7 Uhr abends, angesetzt worden.

- 1) Repartition der Krons-Immobiliensteuer für 1906;
2) Wahl von 3 Gliedern und eines Stellvertreters für sie in den Bestand der im Gouvernement Vologda gebildeten Kommission zur vorläufigen Beratung der durch den Allerhöchsten Befehl vom 28. November 1905 vorgemerkten Fragen;
3) Wahl eines Stellvertreters des Zeugen bei den monatlichen Revisionen der Stadt-Kasse;
4) Wahl eines Mitglieds in die Verwaltung des Georgen-Hospitals an Stelle des Herrn A. Augsburg, der dieses Amt niederlegt hat.

Deutscher Verein in Vologda.

Der Vorstand der Ortsgruppe Riga hat sich auf seiner gestrigen Sitzung eingehend mit der Schulfrage beschäftigt und in Anlaß des über jede Voraussetzung starken Andrangs zu seinen Schülern sich auf das nachdrücklichste dahin ausgesprochen, daß es für eine seiner vornehmsten Pflichten halte, allen deutschen Eltern, die deutschen Schulunterricht für ihre Kinder erstreben, diesen nach Möglichkeit der vorhandenen Mittel und Lehrkräfte zu genähern.

Wie schon bekanntgegeben war, hatte der Vorstand bereits prinzipiell beschlossen, den Schulen des Vereins Namen beizulegen, die an große Gestalten aus der heimischen Vergangenheit mahnen und anspornend erinnern sollen.

um in würdiger Weise dieses denkwürdige Ereignis zu begehen,

Allerhöchste Belohnungen. Seine Majestät der Kaiser hat folgenden Gliedern der Rigaschen Feuerwehre zu verleihen geruht: den Stanislausorden 3. Klasse dem Kommandeur der Ordnungsmannschaft des 4. Bezirks, dem verabschiedeten Gouvernements-Sekretär Feljg Wojaschowitz; silberne Medaillen mit der Aufschrift „für Eifer“, zum Tragen auf der Brust am Stanislausbande: dem Gliede der Verwaltung, Rigaschen Bürger Alfred Wolter, dem Gehilfen des Kommandeurs der Ordnungsmannschaft des 2. Bezirks Rigaschen Bürger Iwan Litow, dem Gehilfen des Kommandeurs der V. Kolonne, zum Rigaschen Junifolrad verzeichneten Johann Weinberg und dem Gehilfen des Kommandeurs der II. Kolonne Jakob Becklaln.

Der Höchstherrliche Kommandeur der Truppen des Wilna'schen Militärbezirks, Generalleutnant Reichsmann kommt Morgen früh, mit dem Zuge 8 Uhr 50 Min. über Durawjowo in Riga an.

Der Direktor des Rigaschen Kinderasyls „Krippen“ Herr Ernst Falkenberg ist nach Ausbannung der Jahre zum Kollegen-Sekretär mit Anciennität vom 1. Oktober 1905 befristet worden.

Elementar-Knabenschule, gegründet vom Deutschen Verein in Vologda. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, findet die Anmeldung von Schülern nur noch am 18. August, von 10—1 Uhr, im Bureau des Vereins, Lohleben-Boulevard 10, Qu. 20, statt.

Das Kuratorium der Krippe des Deutschen Frauenvereins richtet die bringende Bitte an die deutsche Frauenwelt Rigas, ihre Arbeitskraft noch mehr als bisher in den Dienst dieser segensreichen Institution zu stellen. Diejenigen Damen, die geneigt wären, Dajouten an der Krippe zu übernehmen, werden freundlichst gebeten, Sonntag, den 20. August, 3 Uhr nachmittags, sich zu einer Versammlung im Lokal der Krippe, Nikolajstraße Nr. 57/59, einzufinden zu wollen.

Zu den Vorgängen im Hause Marienstraße Nr. 24 teilt das Rig. Tagbl. folgende Einzelheiten mit: Die Hausungung stand mit dem Funde in der Spentstraße Haus Nr. 40 und der Beschließung des Hauses Eulienstraße Nr. 65 im Zusammenhang.

Die Hausungung stand mit dem Funde in der Spentstraße Haus Nr. 40 und der Beschließung des Hauses Eulienstraße Nr. 65 im Zusammenhang. Die Hausungung und die Verhaftung von Revolutionären sollte in den Räumen des von der Studentenkorporation „Tawaria“ — (bist ist eine leitliche, keine Farben tragende Korporation. D. Red.) — gemieteten Lokals vorgenommen werden. Dieses Lokal befindet sich im Kellergehoß des großen Steinhäuses im Hof. Einige Schritte vom Hause liegt ein Garten, der mit einem ziemlich niedrigen Zaun umgeben ist.

Der dritte Flüchtling

Der dritte Flüchtling wurde in einem anderen Schwupfwinkel entdeckt und gleichfalls bingefest gemacht. Der vierte war unterdessen verschwunden, obschon das Haus von allen Seiten zerniert war.

Zu dem Heberfall auf den Schicksalstand des Hagenberger Turm- und Schützenvereins

Es ist bekannt, daß die Rigaschen Schützenvereine durch den Heberfall auf den Schicksalstand des Hagenberger Turm- und Schützenvereins sehr betroffen sind. Nachdrücklich, daß die Hände des einen Zimmers allein, in dem Frau Reuter nebst drei Kindern schlief, von etwa 70 Rantelgeschossen durchschlagen worden sind, die teils das Zimmer passierten und in die anderen Räume drangen, teils vom Ofen abprallten oder in der Decke stecken blieben.

daß der der Teilnahme am Mordat verdächtige Eligus Wladislawowitsch Dulewitsch, dem bekanntlich beide Weine gebrochen sind, in der Tat der genannte Student des Rigaschen Polytechnischen Instituts ist. Er studierte in der Handelsabteilung und bekleidete zugleich eine Beizung den Posten eines Kontrolleurs der Polizeiverwaltung. Er wohnte kleine Sandstraße Nr. 15 und war seit einer Woche vertriebt. Als in der Residenz bekannt wurde, daß er aus Riga gekommen sei, wurde von Petersburg nach Riga der Befehl erteilt, seine Wohnung einer genauen Durchsuchung zu unterziehen und alle verdächtige Persönlichkeiten, die sich in ihr aufhalten sollten oder ihn häufig besucht hätten, unverzüglich zu verhaften.

Veränderung einer Waise. Gestern um 12 Uhr mittags traten in die Waisenkinder der Wäuerin Maria Kintin, in der Spentstraße Nr. 65 zwei junge Leute in Arbeiterkleidung, von denen einer sie mit einem Revolver bedrohte und von ihr Geld verlangte.

Verhaftete Fuhrlente. Zu dieser in unserer Dienstzeitung gebrachten Lokalnachrichte ersucht uns der Tramway-Instruktor Herr Beckmann um die Mitteilung, daß er es nicht gewesen sei, der die zur Verhaftung der beiden Fuhrlente führende Anzeige gemacht hat.

Heberfall. In diesen Tagen wurde der aus Riga heimkehrende Pastor v. Sch. — bei Bonaventura von zwei bewaffneten Individuen angehalten, die ihm in frecher Weise befehlen, so bald als möglich, sein geistliches Amt niederzulegen, dabei hinzuzufügen, daß man Herrn als Pastore nicht brauche.

Radsfaher-Vereinigung „Union“, Abt. Riga.

Zur Orientierung des Publikums sei in betreff des am Sonntag stattfindenden Rennens der R.-B. „Union“ noch hervorgehoben, daß die Disziplinale von der Union-Riga in der II. Klasse und dem Wolmarer Radsfaherverein in der III. Klasse bereits einmal und zwar in Wolmar 1904 und in Gabelingen 1905 gewonnen worden sind und laut den Bestimmungen dieses Jahrens, diese von den betreffenden Vereinen in diesem Jahr zum letzten Mal verteidigt zu werden brauchen, um bei einem eventuellen Siege, endgiltig in ihren Besitz überzugehen.

In der Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung von Emil Murausch

Die schönen Disziplinale, sowie auch die übrigen Preise und Ehrenpreise, werden in der Handlung der Firma A. Reuter u. Co., Theaterboulevard 7, wo auch der Korvertausch der Billette stattfindet, in den letzten Tagen dieser Woche aufgestellt werden.

M. K. Wanderung über den Danemark.

Hiesige Strickbeeren treten nur noch sehr sparsam und in kleinen Quantitäten auf und werden mit 15 Kop. pro Pfund bezahlt. Aus Dänemark importierte Strickbeeren kosten 11 bis 12 Kop. pro Pfund. Das Obst, das mit den Strickbeeren zusammen eingelauft wird, ist reichlich und billig vorhanden, so daß Äpfel, Birnen und Pflaumen zu 3 bis 4 Kop. pro Pfund zu haben sind.

Hollant hatte von den Marktbeamten Aufgabe des Preises für Krebse nach Gewicht verlangt. Hierbei ergab es sich, daß 3 Band ganz kleine Krebse ebenfalls wogen wie 1 Band der allergroßten, nämlich 8 Pfund. Da der Preis für die 3 Band kleiner Krebse 4 85 Kop. — 1 Rbl. 95 Kop. und für 1 Band großer Krebse 2 Rbl. 85 Kop. betrug, mußte der Durchschnittspreis pro Pfund Krebse auf 30 Kop. festgesetzt werden.

Die Helsingfors Abteilung der Reichsbank hat ihre Tätigkeit eingestellt.

Import von deutschem Fafer.

Rüchlich fand auf der Ralaifantions-Börse in Petersburg ein Abschluß über 2000 Tschetwert deutschen Fafers statt, der franco Petersburg 85 Kop. per Pud bei einem Naturalgewicht von 100 Sol. kostet.

Ein Seckersbuch.

„Captain“ betitelt sich eine im Volkmannschen Verlag in Moskau und gleichzeitig in verschiedenen Weltbüchern wie Hamburg, London, Antwerpen, Schanghai, New-York u. a. erschienene Zusammenstellung der Passagier-Dampferlinien auf Meere.

Die Sektoren.

Stettin, 27. (14.) August. Den freiliebenden Fabrikarbeitern haben sich heute früh auch sämtliche Kohlenarbeiter im Hafen (400 Mann) angeschlossen.

Die Expedition.

Zu Pansgen für die Polizei (siehe Nr. 180) gingen ein von: B. R. 2 Rbl., F. C. 3 Rbl., A. und D. 2 Rbl. Zusammen mit dem Früheren 316 Rbl. 15 Kop.

Freuquenz am 16. August.

Table with 2 columns: Theater and Audience. Includes entries for Jagensberger Theater (195 Personen), Kaiserlichen Varien (179), Varietés Olympia (388), and Alcazar (371).

Wetternotiz.

Freitag, den 18. August. — Helene. Jona. — Sonnen-Aufgang 5 Uhr 23 Min., — Untergang 7 Uhr 22 Min., Tageslänge 13 Stunden 59 Min.

Wetternotiz, vom 17. (30.) August 9 Uhr Morgens + 9 Uhr R. Barometer 764 mm Wind: SW. Verdicht.

1/2 Uhr Nachm. + 11 Uhr R. Barometer 762 mm Wind: SEW. Trübe.

Wetterprognose für den 18. (31.) August.

(Vom hydrologischen Institut in St. Petersburg.) Rüh und veränderlich.

Totenliste.

- Elisabeth Behmann, geb. Grewing, 69 J., 15. August zu Riga.
Marie von Samson-Dimmelfjerna, 78 J., 15. August zu Reval.
Feligitas Sandmann, 9 Monat, zu Reval.
Selma Edmund, geb. Kirber, 10. August zu Reval.
Theodor Martens, 14. August zu Kolomaggi.

Handel, Verkehr und Industrie.

Die russische Reichsbankfiliale in Helsingfors hat vom 15. (28.) August an ihre Tätigkeit eingestellt, die Filiale war unter Bobrikow aus politischen Gründen errichtet worden.

Auswanderungstransporte.

In der Zeit vom 8.—15. August wanderten nach der Sib. Ztg. über Libau aus insgesamt: 2399 Personen.

Der Import Russlands

betrug in der Periode vom 1. Januar bis zum 1. Juni 1906 in Rubel auf den (die einflussreichsten Zahlen bedeuten die Einfuhr 1905): Springe, gedorrter Fisch und dergleichen 2726 (3259), ungefarbte Wolle 463 (440), ungefarbte Baumwolle 43 (28), ungefarbte gesponnene Wolle 40 (19), gedrehte ungefarbte Wolle 65 (31), gefärbte Wolle 7 (4), Rohbaumwolle über die europäische Grenze 3987 (4057), aus Asten 582 (500), Kohle 28 (18), Seibengarn 0,1 (0,1), Tee in Pud: schwarzer 783,160 (721,805), Zigarette 453,514 (424,523), Zafette 8808 (6311), grüner Tee 148,368 (118,081), Seis- und Polzohle in Rubel auf 66,258 (56,825), Roks 11,608 (9274), Maschinen 393 (284), Maschinen 1734 (1133), Lokomobile 86 (151), Eisen und Stahl in Stangen 466 (357), Eisen- und Stahlgieß 491 (624), Gussbleis 38 (46), Eisen- und Stahlgieß über 1/2 Millimeter Dicke und dergleichen 208 (187), außerdem über Finnland 22 (5); landwirtschaftliche Maschinen und Geräte 798 (626).

sammelt und eine Konturs- oder Liquidationskommission niedergesetzt werden müssen. Das Petersburger Handelsgericht soll dagegen den Nachlaß der Edwin Frau Kauffert überwiegen haben, die bis jetzt noch nichts an die Kreditoren gezahlt hätte.

Frankfahrungen auf den Südbahnen.

Seit Beginn des Transports von Getreide neuer Ernte haben sich, der Torg.-Prom. Waf. zufolge, auf den Südbahnen Frachtladungen von 8000 Waggons gebildet, die täglich um 500 Waggons zunehmen. Das Getreide wird meistens nach Riga und Odesa transportiert.

Die Helsingfors Abteilung

der Reichsbank hat ihre Tätigkeit eingestellt.

Import von deutschem Fafer.

Rüchlich fand auf der Ralaifantions-Börse in Petersburg ein Abschluß über 2000 Tschetwert deutschen Fafers statt, der franco Petersburg 85 Kop. per Pud bei einem Naturalgewicht von 100 Sol. kostet.

Ein Seckersbuch.

„Captain“ betitelt sich eine im Volkmannschen Verlag in Moskau und gleichzeitig in verschiedenen Weltbüchern wie Hamburg, London, Antwerpen, Schanghai, New-York u. a. erschienene Zusammenstellung der Passagier-Dampferlinien auf Meere.

Die Sektoren.

Stettin, 27. (14.) August. Den freiliebenden Fabrikarbeitern haben sich heute früh auch sämtliche Kohlenarbeiter im Hafen (400 Mann) angeschlossen.

Die Expedition.

Zu Pansgen für die Polizei (siehe Nr. 180) gingen ein von: B. R. 2 Rbl., F. C. 3 Rbl., A. und D. 2 Rbl. Zusammen mit dem Früheren 316 Rbl. 15 Kop.

Freuquenz am 16. August.

Table with 2 columns: Theater and Audience. Includes entries for Jagensberger Theater (195 Personen), Kaiserlichen Varien (179), Varietés Olympia (388), and Alcazar (371).

Wetternotiz.

Freitag, den 18. August. — Helene. Jona. — Sonnen-Aufgang 5 Uhr 23 Min., — Untergang 7 Uhr 22 Min., Tageslänge 13 Stunden 59 Min.

Wetternotiz, vom 17. (30.) August 9 Uhr Morgens + 9 Uhr R. Barometer 764 mm Wind: SW. Verdicht.

1/2 Uhr Nachm. + 11 Uhr R. Barometer 762 mm Wind: SEW. Trübe.

Wetterprognose für den 18. (31.) August.

(Vom hydrologischen Institut in St. Petersburg.) Rüh und veränderlich.

Totenliste.

- Elisabeth Behmann, geb. Grewing, 69 J., 15. August zu Riga.
Marie von Samson-Dimmelfjerna, 78 J., 15. August zu Reval.
Feligitas Sandmann, 9 Monat, zu Reval.
Selma Edmund, geb. Kirber, 10. August zu Reval.
Theodor Martens, 14. August zu Kolomaggi.

Handel, Verkehr und Industrie.

Die russische Reichsbankfiliale in Helsingfors hat vom 15. (28.) August an ihre Tätigkeit eingestellt, die Filiale war unter Bobrikow aus politischen Gründen errichtet worden.

Auswanderungstransporte.

In der Zeit vom 8.—15. August wanderten nach der Sib. Ztg. über Libau aus insgesamt: 2399 Personen.

Der Import Russlands

betrug in der Periode vom 1. Januar bis zum 1. Juni 1906 in Rubel auf den (die einflussreichsten Zahlen bedeuten die Einfuhr 1905): Springe, gedorrter Fisch und dergleichen 2726 (3259), ungefarbte Wolle 463 (440), ungefarbte Baumwolle 43 (28), ungefarbte gesponnene Wolle 40 (19), gedrehte ungefarbte Wolle 65 (31), gefärbte Wolle 7 (4), Rohbaumwolle über die europäische Grenze 3987 (4057), aus Asten 582 (500), Kohle 28 (18), Seibengarn 0,1 (0,1), Tee in Pud: schwarzer 783,160 (721,805), Zigarette 453,514 (424,523), Zafette 8808 (6311), grüner Tee 148,368 (118,081), Seis- und Polzohle in Rubel auf 66,258 (56,825), Roks 11,608 (9274), Maschinen 393 (284), Maschinen 1734 (1133), Lokomobile 86 (151), Eisen und Stahl in Stangen 466 (357), Eisen- und Stahlgieß 491 (624), Gussbleis 38 (46), Eisen- und Stahlgieß über 1/2 Millimeter Dicke und dergleichen 208 (187), außerdem über Finnland 22 (5); landwirtschaftliche Maschinen und Geräte 798 (626).

